

Haushaltsrede zum Kreishaushalt 2013 Freie Wähler

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrter Herr Dittmar,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises,
liebe Kolleginnen und Kollegen Kreisräte,
meine sehr geehrten Damen und Herren der Presse,
verehrte Gäste,

die Haushaltsplanberatungen sind die eigentliche Königsdisziplin der jährlichen Gremienarbeit im Kreistag. Doch wer das Planwerk durchhackert kommt sich schnell vor wie im **Sklavendienst der Zahlenkolonnen**. Das neue Haushaltsrecht macht das Planwerk für so manche von uns zu einem Buch mit mehr als 7 Siegeln. Man gewinnt so manchmal den Eindruck die vielen Millionen Kreisumlage versickern so überraschend wie das Wasser der Donau in der Donauversickerung.

Es ist unsere Aufgabe, für die nächsten Jahre zu planen und den Kreis für die Zukunft zu rüsten.

D.h., **über den Tag hinaus denken**, Fantasie für die Zukunft gepaart mit viel Lösungskreativität entwickeln und dazu den Blick für eine geordnete Kassenlage zu bewahren.

Leicht gemacht wird uns das nicht. – „**Den doppischen Haushalt verstehe ich nicht**“ – das war eine ehrliche Rückmeldung eines Fraktionsmitgliedes, die mich kürzlich erreicht hat. Diese Bewertung ist sehr nachvollziehbar. Die

gewünschte Transparenz und Übersicht über Geldströme und Vermögensentwicklungen offenbart dieses Planwerk wahrlich nur den Experten. Zusammenhänge hinterfragen, erkennen wo die Geldströme hinfließen und feststellen was man wirklich beeinflussen kann – das wird immer komplexer.

Die **Erläuterungen zu den Budgets wurden sehr verbessert** – leider aber noch nicht durchgehend. Sie fehlen z.B. bei den **Schulen komplett**. Auch da wären sie hilfreich und nötig. – Dennoch besten Dank für die weitgehend guten Hinweise.

Was erwarten die Bürgerinnen und Bürger in den nächsten Jahren von ihrem Landkreis?

Wie geht es weiter mit der **Verwaltungsreform**, der Aufgabenmehrung und gleichzeitiger Verlagerung der Aufgaben auf die untere Ebene ohne entsprechende Finanzausstattung?

Werden die Reformen, die von der Landes- oder Bundespolitik laufend angestoßen werden, auch durch finanziert oder gibt es vor der Wahl wieder viele ungedeckte Versprechen?

Wie soll Europa weiter zusammen wachsen und welche Verantwortung bleibt da letztendlich auf der kommunalen Ebene hängen? Eine ganze Reihe von Fragen stehen da im Raum. Doch es gibt bei uns vergleichsweise beste Voraussetzungen, wenn ich da an Gespräche in Griechenland, letzte Woche denke. Mit einer Delegation des Gemeindetages waren wir in Thessaloniki um soweit möglich Informationen und Hilfestellungen weiterzugeben.

Viele Fragen lassen sich nicht eindeutig beantworten. Klar ist jedoch, unser Blick sollte immer wieder über den Tellerrand hinausgehen. Gerade wegen der aktuellen Entwicklungen in Europa und in der Welt müssen wir uns immer wieder neu justieren und entscheiden, was wichtig und was für den Kreis unwichtig ist.

„Die Ausgangslage für 2013 ist einmalig gut. Die Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden hat 2011 einen neuen, herausragenden Rekord erreicht.“ Es kam noch viel besser, wie wir – die Freien Wähler, es im letzten Jahr in der Diskussion zur Kreisumlage bereits formuliert hatten.

Eine Steigerung der Steuerkraftsumme um rund 40 Prozent, das hat es zuvor noch nie gegeben. Ganz gleich, auf welchen Kreisumlagesatz wir uns für 2013 einigen, der **Kreis Böblingen hat eine Steuerkraft, die absolut spitze ist.** 1.615 € je Einwohner, d.h. wir liegen rund 300 € vor dem nächsten Landkreis. Das ist einmalig – wird aber nicht so bleiben.

Auch das Rechnungsergebnis 2011, war sehr gut. Letztes Jahr hat die Verwaltung rund 9 Millionen Euro als Überschuss genannt, es wurden mehr als 11 Millionen Euro.

Doch was bringen uns alle diese Besserstellungen? Die kritische Prüfung, was rechnet sich, was ist wirtschaftlich, welche Standards wollen wir? All das kann in einer solchen Situation schnell vom Gedanken überlagert werden **„wir machen nur das Beste und damit Teuerste“**.

So geschehen z.B. bei der knappen Entscheidung für die Passivhausbauweise zur Erweiterung der Käthe-Kollwitz-Schule. Auch in Zeiten guter Finanzausstattung muss eine **strenge Kostenkontrolle das oberste Gebot bleiben.** **„Spare in der Zeit – dann hast Du in der Not“**, sagt der Volksmund dazu.

Sehr geehrter Herr Landrat,

in ihrer Haushaltsrede haben sie die dramatische Zunahme der Verschuldung der öffentlichen Haushalte in Deutschland geschildert. Die **deutsche** Schuldenuhr zeigt zwischenzeitlich über 2 Billionen Euro an. Dies entspricht über 25.000 € je Einwohner. Der Landkreis ist dafür nicht verantwortlich. Denn wir gehören **zu den wenigen öffentlichen Aufgabenträgern, die in den letzten Jahren ihre Verschuldung deutlich reduziert haben.**

Der Schuldenabbau im Kernhaushalt von rund 91 Millionen im Jahr 2008 auf jetzt noch 75 Millionen im Jahr 2012 entspricht einer Reduzierung um 17,6 %. Das ist ein sehr gutes Ergebnis. – **Vor der gegenläufigen Entwicklung bei den Kliniken dürfen wir die Augen aber nicht verschließen.**

Kreisumlage:

Die Freien Wähler stimmen einer Kreisumlage von 38,1 Prozentpunkte zu, obwohl es seit der Einbringung ja weitere Verbesserungen, von mehr als 4 Millionen Euro gibt. Die Zustimmung verbinden wir mit der Maßgabe, dass die erheblichen Mehreinnahmen von insgesamt netto weit mehr als 14 Millionen Euro zur Rücklagenbildung bzw. zur Klinikfinanzierung verwendet werden. **Die Krankenhäuser stehen mit dem Rücken zur Wand.** Auch der geplante Eigenbetrieb funktioniert nur über kräftige Kreiszuschüsse. Wir haben dazu einen Antrag vorgelegt, die **Zuweisung auf gut 10 Millionen Euro zu erhöhen.**

Die in vielen Reden propagierte Entlastung der Kommunen 2012 war übrigens kein Tunnel, bestenfalls noch a „Gräbele“. Das erwartete Defizit wurde mit dem, bereits genannten sehr guten Ergebnis 2011, einem Plus von über 11 Millionen beseitigt.

Sie Herr Landrat haben als **eines ihrer wichtigsten Ziele** die verlässliche Partnerschaft mit den Kommunen genannt. Mit diesem Ziel liegen sie richtig. Ihre Aussage, der Kreis habe in den **letzten Jahren oft weniger Kreisumlage erhoben, als für den Kreis gut gewesen wäre, wurde von den Jahresergebnissen allerdings nicht bestätigt.** Der Kreis konnte schließlich wegen der vergleichsweise hohen Kreisumlage seine Schulden um 53,60 € je Einwohner reduzieren. **Die Kreisumlage ist aus Sicht der Gemeinden deshalb nie zu niedrig gewesen – sie war auch Dank unseres Einsatzes gerade noch angemessen.**

Hier vor Ort werden viele unmittelbare Leistungen für die Bürger, ich nenne den ÖPNV, die Krankenhäuser, die Berufsschulen, die Inklusion und Eingliederung behinderter

Menschen, erbracht. Der Kreis investiert zum Wohle der Bürger anders als Bund und Land auch laufend in sein Straßennetz. **Unseren Schulden stehen hohe Vermögenswerte gegenüber.** Da sind wir Bund und Land weit voraus.

Es ergibt sich auch aus der Natur, der unterschiedlichen Interessen, die Kreisumlage liegt für viele Kommunen, anders als sie Herr Landrat das formuliert haben, noch weit über der Schmerzgrenze. Den Städten und Gemeinden geht es im Jahr 2012 und damit in der Folge auch 2013 dank der wirtschaftlichen Entwicklung ebenso wie dem Kreis vergleichsweise gut. Dennoch müssen bzw. mussten sie teilweise die kommunalen Steuern erhöhen. Der Kreis muss deshalb für zu erwartende, schlechter werdende Zeiten, kräftig zurücklegen. – Insbesondere für die Krankenhäuser.

Zu einzelnen Themen:

Ausbau A 81

Der weitere Ausbau der A 81 zwischen Böblingen und Sindelfingen ist dringend nötig. Da besteht Konsens. Es ist allerdings nicht die Aufgabe des Landkreises, dem Land und dem Bund vorschnell zu signalisieren **„an den Mehrkosten beteiligen wir uns“**.

Ich erinnere an den Beschluss des Kreistages 2009. Er lautet:

„Aus diesem Grund beteiligt sich der Landkreis mit einem „einmaligen“ Betrag von 5 Millionen Euro an den Mehrkosten für die Herstellung eines optimierten Lärmschutzes“.

Die Formulierung „einmalig“ ist kein ausdehnbarer Begriff und schon gar nicht wurden damals prozentuale Anteile festgelegt. Bitte Herr Landrat - vermitteln sie dies auch dem Land.

Es ist bekannt, dass das Land schnell Wege sucht, diese Position aufzubrechen. Es darf aber nicht nach dem Motto –

„reich mir den kleinen Finger dann nehm ich am Ende doch die ganze Hand“ gehen. Wir erinnern an den zweiten Teil des Beschlusses im Jahr 2009. Danach ist eine Vereinbarung mit Böblingen und Sindelfingen nötig. Es muss vertraglich abgesichert werden, dass sich die zwei Städte an den Kosten der Anschlussbauten für die Kreisstraßen beteiligen.

Dieser Beschluss lautete wie folgt:

„Die Beteiligung des Kreises erfolgt unter der Maßgabe, dass sich die Städte Sindelfingen und Böblingen vertraglich verpflichten, sich an den auf den Landkreisen entfallenden Baukosten des Verkehrskonzeptes Sindelfingen / Böblingen-Ost mit zusammen 2,5 Millionen Euro beteiligen.“ Ändern sich die Eckdaten für die Kostenbeteiligung am Lärmschutz, dann ist auch der Teil 2 des Beschlusses mit zu aktualisieren.

Wir stellen trotzdem fest:

Herr Landrat, ihr Einsatz für die Verkehrsinfrastruktur im Kreis, z.B. für den Ausbau der B 464 Ortsumfahrung Holzgerlingen und den Lückenschluss bei Renningen, die Schönbuchbahn u.a.m. ist lobenswert. - Danke. Der Wirtschaftskreis Böblingen braucht eine moderne und leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur – daran führt kein Weg vorbei.

Die ständige reflexartige Reaktion von Land und Bund dazu – **uns fehlt das Geld** – ist viel zu wenig. Verkehrsprojekte sind schwer finanzierbar, das ist auch den Freien Wählern bewusst. Seit Jahren fordern wir daher die **Einführung einer PKW-Maut, in Form einer einfachen Lösung, einer PKW-Vignette.** Modelle, die zuerst viel Zeit und Geld kosten, bringen viel Aufwand und viel zu wenig Ertrag. Die Vignette ist dagegen kostengünstig und schnell umsetzbar. Bund und Länder sollten sich da nicht in parteipolitischen Streit einlassen, sondern schnell gemeinsam an einem Strang ziehen und trotz der Bundestagswahl zu Lösungen kommen.

Kreisstraßen

Das Kreisstraßenprogramm, das wir im letzten Jahr angestoßen haben, können wir im Haushalt in vielen Punkten nicht wiederfinden. Nach unserer Überzeugung ist es notwendig, dass der Straßenbau und der öffentliche Personennahverkehr miteinander verknüpft werden. Überall dort wo es Möglichkeiten gibt, z.B. Park + Ride Plätze und S-Bahn miteinander zu verknüpfen, sind die Voraussetzungen auch seitens des Kreises dafür zu schaffen und Maßnahmen zu unterstützen – z.B. in Gäufelden. Für das Straßenunterhaltungsprogramm erwarten wir eine präzise Liste – siehe unser Antrag.

S-Bahn S 60

Was lange währt wird endlich gut, das lässt sich zur S-Bahn S 60 zwischen Böblingen und Renningen feststellen. Wir können diese S-Bahn Anfang Dezember einweihen. **Ihrem Vorgänger im Amt, Herrn Landrat Bernhard Maier** können wir dann ein großes Kompliment aussprechen. Ihm ist es gelungen, die S 60 mit der Region Stuttgart auf den Weg zu bringen und die Kostenbeteiligung des Landkreises frühzeitig festzuschreiben. Verbindliche Vereinbarungen zu Kosten, das zeigt sich auch bei diesem Projekt, sind sinnvoll.

Schönbuchbahn

Die **Planungen zur Leistungs- und Attraktivitätssteigerung der Schönbuchbahn tragen wir mit**. Ohne Elektrifizierung kann keine Taktgenauigkeit erreicht werden und bis Holzgerlingen lässt sich der Zuspruch der Nutzer nur bewältigen, wenn der 15-Minuten-Takt tatsächlich kommt. Die im Gutachten erwartete Fahrgastzahl von täglich 10.000 Fahrgästen - das ist eine Entwicklung von der man ursprünglich nicht mal zu träumen gewagt hätte.

Einfach weitere Fahrzeuge anhängen – das geht leider nicht, da sind die Bahnsteige zu kurz und nicht verlängerbar und die notwendige Taktgenauigkeit kann

damit nicht erreicht werden. Das Land, in Person von Verkehrsminister Winfried Hermann betont immer wieder, dass es angesichts der aktuellen Verkehrssituation intelligenter Verkehrsmittel bedarf. Hier bei der Schönbuchbahn kann das Land beweisen, dass das nicht nur Worte sind. **Der Zweckverband braucht eine baldige klare Zusage, dass es GVFG Mittel für die Schönbuchbahn gibt und der Verband auch bei der Fahrzeugbeschaffung nicht allein gelassen wird.**

Mit dem Landkreis Tübingen ist über eine angemessene Kostenbeteiligung zu verhandeln. Die größten Vorteile der Elektrifizierung hat der Landkreis Böblingen. Deshalb befürworten wir eine Lösung, die dies bewertet und gleichzeitig die Historie nicht vergessen macht.

Hermann-Hesse-Bahn Calw

Die Bahnstrecke nach Calw ist begrüßenswert. Der Landkreis Böblingen hat aber einen vergleichsweise kleinen Vorteil. In Gesprächen mit den Kreistagfraktionen aus dem Landkreis Calw haben wir bereits im September klar zum Ausdruck gebracht, die Gutachten müssen auf den Tisch. Nur dann kann beurteilt werden, ob die Strecke wirklich Zukunft hat. **Eine Beteiligung an Betriebskosten ist aus unserer Sicht nicht möglich.** Bei einem nur sehr knapp erreichten Kosten-Nutzen-Faktor von 1,0, besteht die Gefahr, dass die tatsächlichen Kosten später höher liegen und dann die Förderfähigkeit ganz entfallen würde. Ohne GVFG-Förderung kann das Projekt aber nicht geschultert werden.

Die Hochschule kommt

Die Entscheidung einen Masterstudiengang an der ADV in Böblingen einzurichten, ist für uns mit einem schalen Beigeschmack verbunden. Denn es gibt nach wie vor keine verbindliche Zusage des Landes, sich ab 2015/16 an den Kosten zu beteiligen. Wir fordern, dass das Land im Rahmen des Ausbaues der Masterstudiengänge auf, den Standort Böblingen zu berücksichtigen. Eine dauerhafte

Finanzierung dieses Studienganges allein durch den Landkreis und durch die Stadt Böblingen könnten wir nicht schultern. Wenn das Land nicht eintritt, müssten wir die Reißleine ziehen können.

Krankenhausentwicklung / Klinikstandorte

Das Thema Zukunft und Finanzierung der Kliniken könnte die Haushaltsrede alleine füllen. Die aktuelle finanzielle Entwicklung der Kreiskliniken und der Kliniken in Böblingen / Sindelfingen kann uns alle nicht mehr ruhig schlafen lassen. **Erwartet werden 15 Millionen Defizit in 2012**, d.h. von einer schwarzen Null im Ergebnis, wie einst gedacht, sind wir meilenweit entfernt. Das Schlimme daran ist – es gibt keine wirklichen Perspektiven, wie man zu einem wenigstens ausgeglichenen Ergebnis kommen könnte. Ganz im Gegenteil, **die Verluste steigen und steigen.**

In dieser Situation, in der sich ja nicht nur unsere Kliniken sondern zahlreiche Krankenhäuser landauf , landab ja bundesweit befinden, sollte die Politik nicht nur Praxisgebühren abschaffen, oder Steuerzuwendungen an dem Gesundheitsfond kürzen **sondern für eine angemessene Bezahlung und Finanzierung der Krankenhausleistungen sorgen.**

Moderne medizinische Angebote, bestens ausgebildete Ärzte, zuwendungsbereites Pflegepersonal eine umfassende Untersuchungstechnik und möglichst auch noch schöne Zimmer, das wollen alle. Auch wir als Patienten. Weshalb kann man da die Milliardenbeträge, die die Krankenkassen erzielt haben nicht wenigstens teilweise dafür verwenden, die Krankenhäuser und die Träger angemessen zu bezahlen?

Die kommunale Ebene, die für die Krankenhausfinanzierung geradestehen muss, **bleibt Jahr für Jahr im Regen oder besser ausgedrückt im Platzregen stehen.**

Der Kreis wird als Gesellschafter 2013 bei den Kreiskliniken Herrenberg und Leonberg und spätestens 2014 auch bei den Kliniken Böblingen / Sindelfingen nachschusspflichtig. Die geplante **Gründung des Eigenbetriebs, dem wir zustimmen**, ändert daran inhaltlich nichts.

Zweifelslos muss man auch darüber nachdenken wie man Kosten senken kann. Laut Gutachten wird ein **Neubau eines Klinikums auf dem Flugfeld** sehr deutliche Einsparungen ermöglichen. Laut der Barwertmethode wird bis 2060 mit einem positiven Ergebnis von 164 Millionen Euro gerechnet. Bei allen anderen Alternativen ergibt sich ein **negatives Ergebnis von 92,5 Millionen bis 487 Millionen Verlust**. Das sind so beachtliche Unterschiede, die wir trotz mancher Zweifel am Gutachten nicht beiseite schieben können. Für uns ist aber klar, **ohne eine klare Zusage des Sozialministeriums**, dass der Neubau und die Investitionen an den Krankenhausstandorten in Leonberg und Herrenberg auch in Zukunft gefördert werden, kann ein zentrales Klinikum auf dem Flugfeld nicht gebaut werden. **Die Krankenhäuser in Herrenberg und Leonberg gehören zur wohnortnahen Versorgung. Auf sie kann nicht verzichtet werden. In Böblingen und Sindelfingen führt an der Zusammenlegung in einen Neubau aber auch kein Weg vorbei.**

Zudem brauchen wir klare medizinische Konzepte für die bestehenden Häuser, festgelegte Szenarien zur Zusammenarbeit im Klinikverbund und eine **festen Vereinbarung zur Frage, wer einen Neubau überhaupt finanzieren würde. Gesellschaftsrechtlich ist dies klar. Jeder Gesellschafter hat seinen Anteil zu bringen. Anders geht es nicht. -**

Die Zusammenlegung der beiden Gesellschaften auf Kreisebene sollte kurzfristig vereinbart werden. Die Gesellschaftsanteile würden sich dadurch in Richtung Kreis verschieben. Wenn wir noch in diesem Jahr eine Absichtserklärung zum Neubau abgeben, dann muss aus unserer Sicht **im 1. Halbjahr 2013 die Frage der**

Finanzierungs- und Trägeranteile geregelt werden.
Das ist aus unserer Sicht unverzichtbar.

Dennoch muss der Kreistag Gutachten immer wieder kritisch würdigen. Gutachten ersetzen nicht unsere Verantwortung.

„Die Technik der Gutachten kann kein Versagen der Vernunft ausgleichen. Wir dürfen uns nicht zu Sklaven gutachterlicher Bewertungen machen, das sind Hilfsinstrumente, die politisch abgewogene Entscheidungen nicht ersetzen können“. – Dieses Zitat macht deutlich welche Verantwortung auf uns lastet. Bei dieser Abwägung wiegen die Betriebsergebnisse schwer. Klar ist: Gutachten können, politisch ausgewogene Entscheidungen nicht ersetzen – allenfalls erleichtern.

Angesichts der aktuellen Defizite der Kliniken sind die **Zuwendungen für laufende Investitionen und Verlustausgleiche unverzichtbar.** Sie sind aus dem Kreishaushalt zu erbringen. **Wir beantragen die Zuweisungen gegenüber der Planungen um rund 2,05 Millionen Euro zu erhöhen um den Verlustausgleich im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Kreiskliniken 2013 komplett abzudecken.**

Die zwischenzeitlichen Verbesserungen im Haushalt von über 4 Millionen Euro lassen dies zu. Diese Verbesserungen sind zur Deckung zu verwenden. Der nicht benötigte Teilbetrag und der Anteil aus der noch zu veranschlagenden Einnahmen für die Flüchtlingsunterbringung insgesamt somit rund 2,7 Millionen sollte für die Kliniken Böblingen / Sindelfingen zurückgestellt werden.

Entwicklung der Jugendhilfe

Im Kreis Böblingen liegen die Kosten der Jugendhilfe überdurchschnittlich hoch. Wir haben allerdings auch ein sehr qualitätsvolles Angebot. Auf die Kostenentwicklung muss geachtet werden. Doch es ist auch klar, wer z.B.

mehr Inklusion möchte, wer mehr Teilhabe für benachteiligte Jugendliche erreichen möchte, der darf nicht nur auf die Kosten schauen. Wir haben eine der **niedrigsten Quoten der Jugendarbeitslosigkeit** weit und breit. Dieser Wert muss im Blickpunkt bleiben und wir müssen gemeinsam darauf achten, dass junge Menschen frühzeitig Perspektiven erhalten und dass sie auch mit handicaps an Arbeit herangeführt werden können.

Die Jugendarbeit muss örtlich vernetzt sein. Wir möchten, dass die **erfahrenen Träger der Jugendhilfe** im Kreis Böblingen ihre Aufgaben weiterhin verantwortungsvoll, kostenbewusst und erfolgreich wahrnehmen können. – Auch die Zusammenarbeit zwischen den Jugendreferaten der Gemeinden und dem Kreis ist vorbildlich. Frühe Hilfen gibt es im Kreis in unterschiedlicher Form schon länger. Die Bundesregierung liegt da sicher richtig, wenn sie dieses Konzept unterstützt. Wir befürworten, dass die bestehenden ehrenamtlichen Strukturen weiter gefördert werden.

Effizienzrendite der Verwaltungsreform

Die Verwaltungsreform hat zweifellos viel Nutzen gebracht. Die Zusammenführung des Versorgungsamtes mit dem Landratsamt bedarf nach unserer Auffassung einer detaillierten und gründlichen Prüfung. Eine wirklich kostenechte Betrachtung ist nötig. Wir erwarten, dass uns hierzu in einer getrennten Kreistagvorlage alle Fakten auf den Tisch gelegt werden. Erst dann ist ein Urteil darüber möglich, ob eine Zusammenlegung wirklich Sinn macht.

Betreuungsplätze für Kinder

Die Städte und Gemeinden legen sich da seit Jahren kräftig ins Zeug. Im Kreis wurde ein hoher Versorgungsgrad erreicht. Der Ausbau von Tagesbetreuungsplätzen bei Tageseltern ist ergänzend dringend erforderlich. Die im Ausschuss beschlossene Anpassung der Vergütung für Tageseltern begrüßen wir und hoffen, dass sich die Gemeinden anschließen.

Abfallwirtschaft

Der Abfallwirtschaftsbetrieb arbeitet seit Jahren erfolgreich. Daran besteht kein Zweifel. Wir hoffen, dass die orange Tonne, die so vielversprechend von der Kreisverwaltung kalkuliert und eingeführt wurde, von den Menschen auch noch angenommen wird. Bis jetzt können wir dies nicht erkennen.

Windenergie

Ein Windrad auf der Erddeponie an der Autobahn A8 steht, wenn es kommt, auf unsicherem Grund. Der Abfallwirtschaftsbetrieb darf diese Investition nur dann realisieren, wenn eine sichere und klare Perspektive auf einen positiven Ertrag gesichert und dauerhaft erkennbar wird.

Ist dies nicht der Fall, würden wir das Risiko eingehen im Extremfall Abmängel aus dem Kreishaushalt an den Abfallwirtschaftsbetrieb erstatten zu müssen. Zu Lasten der Gebührenzahler darf der AWB keine Investitionen tätigen. Wir erwarten, dass dieses Projekt sauber, klar und unvoreingenommen kalkuliert wird. Die Wirtschaftlichkeit muss klar nachgewiesen werden.

Anträge

Unsere Anträge haben wir gesondert eingereicht. Auf sie und die Begründungen verweise ich.

Schlussbemerkungen:

Die Krise des Euros ist noch lange nicht vorbei. Auch im neuen Jahr stehen wir vor großen Herausforderungen. **„Viele Menschen spüren, es geht um die Frage, ob es gelingt, den hart erarbeiteten Wohlstand der Menschen und die Wohlfahrt unseres Landes, unseres Kreises zu erhalten.“** Das ist eine schwierige Aufgabe. Die Erkenntnis, **„was hart erarbeitet wurde das kann nur durch harte Arbeit erhalten werden“** –

so hat es kürzlich Sparkassenpräsident Schneider ausgedrückt, das dürfen wir nicht vergessen.

Und in diesem Sinne wünsche ich gute Haushaltsberatungen, harte und erfolgreiche Arbeit zum Wohle des Kreises. Bevor ich zum Schluss komme noch ein **Wort des Dankes.**

Ihnen **Herr Dittmar und ihrem Team danken wir ganz besonders** für die qualifizierte Arbeit als Finanzdezernent und Kämmerer des Kreises. Sie haben seit Jahren die Verantwortung übernommen, sie achten darauf, dass der Kreistag bestens informiert wird und versuchen uns die Neuerungen des Haushaltsrechtes nahezubringen. – Keine leichte Aufgabe.

Unser Dank gilt ihnen und ihrem Team. Wir sind bei dem Gedanken schon etwas wehmütig, dass dies wohl der letzte Haushalt ist, den sie aufgestellt haben. Einfach herzlichen Dank!

Herzlichen Dank auch ihnen Herr Landrat und allen Dezernenten für die stets konstruktive und offene Zusammenarbeit.

„Nie entmutigt sein, das ist das Geheimnis meines Erfolges“ – sagte einst Ernest Hemingway.

Also lassen wir uns nicht entmutigen, dann können wir den Kreis erfolgreich durchs nächste Jahr führen.



Wilfried Dölker
Fraktionsvorsitzender